



GEMEINDE BINNINGEN

## Protokoll des Einwohnerrats

### X. Legislaturperiode

**13. Sitzung vom 8. Februar 2010**

**Ort:** Kronenmattsaal

**Dauer:** 19.30 - 20.55 Uhr

---

**Leitung:** M. Ziegler

**Anwesend:** 39 Mitglieder

**Abwesend:** S. Eser

**Präsident:**

Markus A. Ziegler

**Protokoll:**

Brigitte Christen

**Mitteilungen des Präsidenten:**

*M. Ziegler* muss leider bereits wieder einen Rücktritt aus dem Rat bekannt geben. Claudia Fünfschilling Petretta hat ihre Demission eingereicht. Es ist ihre letzte Sitzung heute. Er wird sie am Schluss der Sitzung verabschieden. Im Rat können zwei neue Mitglieder begrüsst werden: Simone Abt, SP-, und Katrin Bartels, CVP-Fraktion. Er wünscht den Damen viel Freude und Erfolg an der parlamentarischen Arbeit.

**Neu eingereichte persönliche Vorstösse:**

- Anfrage Grüne/EVP: Laufende Bauprojekte; Gesch. Nr. 63
- Anfrage SP: Informationspolitik des Gemeinderats; Gesch. Nr. 81
- Anfrage SVP: Nähkurse der freiwilligen Fortbildung im Pestalozzi-Schulhaus; Gesch. Nr. 84
- Interpellation SP vom 30.1.2010: Energiefragen; Gesch. Nr. 82
- Interpellation Grüne/EVP vom 2.2.2010: Wirkungsziel von Energiemassnahmen; Gesch. Nr. 83
- Postulat SVP: Wahrung der Transparenz statt Behinderung der Meinungsbildung; Gesch. Nr. 85
- Postulat CVP: Musik für Seniorinnen und Senioren; Gesch. Nr. 86

*Präsident M. Ziegler* weist darauf hin, dass die drei Anfragen wie üblich unter dem Traktandum Diverses vom Gemeinderat beantwortet werden.

Zur Traktandenliste: Er liess sich davon überzeugen, die heutige Sitzung durchzuführen trotz der wenigen Traktanden. Bei den Eltern besteht hinsichtlich der Planung des Schuljahrs 2010/2011 ein grosser Informationsbedarf bezüglich der Kinderbetreuung. Die offenen Fragen können hoffentlich heute geklärt werden.

**Traktanden****Gesch. Nr.**

- |    |  |           |
|----|--|-----------|
| 1. | Genehmigung des Protokolls vom 14.12.2009  |           |
| 2. | Antrag des Gemeinderats vom 15.12.2009:<br><b>Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012</b>               | <b>79</b> |
| 3. | Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 19.1.2010 zur interfraktionellen Motion:<br><b>Kein Leistungsabbau bei der Stiftung Kinderbetreuung; weiteres Vorgehen</b>                   | <b>66</b> |
| 4. | Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 19.1.2010 zur Motion der SP:<br><b>Stand und Zukunft der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung</b>                | <b>78</b> |
| 5. | Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 19.1.2010 zum Postulat der CVP:<br><b>Schaffung von Praktikumsplätzen auf der Gemeindeverwaltung für junge Arbeitslose</b> | <b>75</b> |
| 6. | <b>Anfragen / Diverses</b>   |           |

**Traktandum 1**

Das Protokoll der Sitzung vom 14.12.2009 wird genehmigt.

**Traktandum 2****Gesch. Nr. 79**

Antrag des Gemeinderats vom 15.12.2009:

**Ersatzwahl eines Mitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2012**

*SP: V. Dubi:* Als Nachfolgerin soll Gaida Löhr Mitglied der GRPK werden. Und weil sie bisher stellvertretendes Mitglied war, ist Simone Abt für die SP-Fraktion für diese Funktion vorgesehen.

<p><b>://:</b>     <b>Als Mitglied der GRPK wird Gaida Löhr Vanoncini, SP, für die restliche Amtsperiode in stiller Wahl gewählt.</b></p> <p><b>Als stellvertretendes Mitglied wird Simone Abt, SP, für die restliche Amtsperiode in stiller Wahl gewählt.</b></p>
--

**Traktandum 3****Gesch. Nr. 66**

Stellungnahme / Antrag des Gemeinderats vom 19.1.2010 zur interfraktionellen Motion:  
**Kein Leistungsabbau bei der Stiftung Kinderbetreuung; weiteres Vorgehen**

Eintreten:

*SP: B. Jost* erklärt, dass die gemeinderätliche Stellungnahme eine Übergangslösung aufzeigt, aber noch keine Lösung des Problems darstellt. Daher ist ihre Fraktion gegen die Abschreibung der Motion. Das zu erarbeitende Reglement wird etliche Übergangslösungen und -fristen enthalten. Positiv ist, dass das Angebot der familienexternen Betreuung ausgedehnt wird. Persönlich hat sie Mühe mit dem klaren Schnitt des Betreuungsmodus vor dem Eintritt in den Kindergarten. Zumindest während der zwei Jahre Kindergarten sollten die Eltern die Möglichkeit haben, ihre Kinder dort betreuen zu lassen, wo bereits ein Vertrauensverhältnis aufgebaut worden ist. Ganz unerwähnt bleiben in der Vorlage jene Kinder, die in einer Tagesfamilie aufgenommen sind, was für etliche die beste Lösung darstellt. Auch für Schulkinder kann Familienanschluss besser sein als in einer Gruppe. Das Reglement sollte daher auch diesen Aspekt berücksichtigen. Ihre Fraktion wird den Gemeinderat darin unterstützen, wenn dieser das schulische Angebot zu einem gleichwertigen ausbauen will. Es soll eine Wahlmöglichkeit geschaffen werden, welche es erlaubt, Beruf und Familie zu vereinbaren. Dies bedeutet eine Ferienbetreuung, wie sie der Kanton vorsieht, eine Morgenbetreuung und schliesslich eine Wegbegleitung.

Auch *R. Bänziger, Grüne/EVP*, ist nicht bereit, die Motion bereits als erledigt abzuschreiben, so lange das Reglement nicht vorliegt und ohne dessen Inhalt zu kennen. Die vorgesehene strikte Trennung zwischen Stiftung für Vorschulkinder und Schule lehnt auch ihre Fraktion ab. Dafür existiert keine Rechtsgrundlage. Andernorts wird es nicht so gehandhabt; abgesehen davon, dass der Einwohnerrat keinen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Falls der Gemeinderat, diese Trennung einzuführen gedenkt, erwartet sie eine diesbezügliche Vorlage. Es ist eine flexible, auf die individuellen Bedürfnisse von Familien ausgerichtete Lösung auszuarbeiten. Zum Beispiel sollten Geschwister gemeinsam das Mittagessen einnehmen können, auch wenn eines davon im Tagesheim

und das andere bereits im Kindergarten ist. Die Schule muss künftig Wegbegleitung für Kindergartenkinder anbieten; die Stiftung könnte ihrerseits z. T. das Ferienangebot ausbauen. Mit der Zeit ergibt sich von selbst eine natürliche Trennung der Angebote und wird sich die Warteliste verkürzen. Die anvisierte Subjektfinanzierung steht im Gegensatz zur strikten Trennung von Stiftung für Vorschule einerseits und Schule für Schüler/innen andererseits und bevorzugt letztere. Die Eltern sind praktisch gezwungen dieses Angebot zu nutzen.

*CVP: S. Bräutigam:* Die Motion verlangt, dass eine Übergangslösung ausgearbeitet wird für jene Kinder, welche derzeit durch die Stiftung betreut werden. Sie soll so lange gelten, bis das Reglement beschlossen ist. Die modulare Nachmittagsbetreuung und der Mittagstisch für Kindergarten- und Schulkinder, wie sie der Einwohnerrat beschlossen hat, stellt ein gutes Angebot dar und viele Kinder werden davon profitieren. Ihre Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats betreffend Abschreibung der Motion bei Vorliegen des vom Einwohnerrat genehmigten Reglements zu.

*FDP: P. Heiz* dankt für die gute Vorlage und erklärt, dass seine Fraktion weitgehend mit dem Inhalt einig geht. Allerdings soll der Vorstoss stehen bleiben, bis das Reglement vom Parlament abgesehen ist. Binningen kennt ja bereits weitgehend eine Tagesbetreuung, was beim Schulmodell lediglich fehlt, ist eine solche während der Ferien und eine Einlaufzeit. Die Übergangslösung ist logisch und klar definiert. In Anbetracht dessen, dass von den vielen Schülern in Binningen rund 70 Kinder mehr oder weniger betroffen sind, stellt sich hingegen die Frage der Verhältnismässigkeit. Modulare Nachmittagsbetreuung ist als Aufgabe von Eltern, Gemeinde und Kind zu verstehen und bedeutet explizit keine integrale Tagesschule.

*SVP: U.-P. Moos* versteht den Antrag des Gemeinderats dahingehend, dass dieser nicht bereit ist, die Motion umzusetzen. Es ist von einer Übergangsregelung die Rede, die nur für Kindergarten- und Schulkinder gelten soll, welche bereits ein Angebot der Stiftung nutzen. Alle andern Kinder sind davon ausgeschlossen. Dass der Vorstoss bereits abgeschrieben werden soll, obwohl noch nicht einmal ein Entwurf für das entsprechende Reglement vorliegt, zeigt, dass die Exekutive die Motion so schnell wie möglich vom Tisch haben will. Der vom Parlament gefasste Beschluss zur modularen Nachmittagsbetreuung soll durch die Hintertüre umgestossen werden. Er möchte noch zwei Fragen beantwortet haben: Erstens, ob die Zahlungen betr. Schülergruppen an die Stiftung Kinderbetreuung vorgenommen worden sind. Zweitens: Wie lange die Warteliste für Primarschulkinder ist und ob eine solche noch geführt wird. Durch die strikte Trennung von Vorschule und Schule ergeben sich Probleme, wie sie R. Bänziger ausführte. Seine Fraktion beantragt, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

*CVP: L. Metzger:* Im Gegensatz zu den Vorrednern versteht seine Fraktion den Antrag des Gemeinderats so, dass die Motion nicht jetzt, sondern erst nach dem Beschluss des Reglements durch den Einwohnerrat als erledigt erklärt wird. Und in diesem Sinne haben sich ja auch die Fraktionssprecher/innen geäußert. Deshalb ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Antrag nicht befürwortet werden kann.

*SVP: U.-P. Moos:* Wie erwähnt, soll die Katze im Sack gekauft werden. Bevor das Reglement vorliegt, soll mit Inkrafttreten gleichzeitig die Motion abgeschrieben werden.

*Präsident M. Ziegler* weist einen Zuhörer darauf hin, dass Ton- und Bildaufnahmen im Ratsaal nur mit vorheriger Genehmigung des Büros des Einwohnerrats gestattet sind und bittet ihn, das Gerät auszuschalten.

*SP: V. Dubi* kommt zurück auf die Aussage von P. Heiz. Die erwähnten 70 Kinder betreffen nur jene im Kindergarten- und Schulalter. Betroffen sind jedoch weitere rund 70 Kinder im Vorschulalter.

*GLP: M. Hopf* ist der Meinung, dass der Antrag auf Abschreiben erst aktuell ist, wenn das Reglement tatsächlich vorliegt, was jedoch erst im 2012 der Fall sein wird. Bis dahin gilt es, eine schwierige Periode zu überbrücken. Er lehnt den gemeinderätlichen Antrag ab.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *Gemeinderätin N. Schwarz* betont, dass die Motion tatsächlich erst mit dem Beschluss des neuen Reglements beschrieben werden soll. Grundsätzlich ist es wichtig, dass das Betreuungsangebot wachsen kann. Es bestehen jedoch nicht sehr viele Möglichkeiten, neue Plätze zu schaffen, wo heute noch keine vorhanden sind. Wenn weniger grössere Kinder durch die Stiftung betreut werden, erhöht sich dadurch das Angebot für Kleinkinder. Dass im Moment auf Seiten der Schule noch kein gleichwertiges Angebot vorliegt, ist ein Handicap. Während der Übergangszeit soll das neue Angebot der Schule den Eltern bekannt gemacht werden. Der Gemeinderat ist sich bewusst, dass es sich nicht um eine optimale Lösung handelt.

Auf einen wichtige Punkt möchte sie noch hinweisen: Im neuen Erlass wird nicht geregelt, welche Institution welches Angebot zu erbringen hat, sondern lediglich, welche Leistungen von der Gemeinde finanziell unterstützt werden. Gerade während der Schulferien gibt es auch Angebote ausserhalb von Binningen. Ob diese subventioniert werden, wird noch zu entscheiden sein. Das Bestreben ist, schrittweise eine pragmatische Lösung zu realisieren.

*Gemeinderätin H. Ernst* geht auf die Fragen von U.-P. Moos ein: Die Zahlungen wurden mit dem Budget im Dezember beschlossen und erfolgen vierteljährlich. Die Warteliste wird selbstverständlich weitergeführt. Es ist ein wichtiges Planungsinstrument für die Stiftung.

*SVP: U.-P. Moos* präzisiert, dass die Zahlung der Gemeinde an die Stiftung für das zweite Halbjahr 2009 für die Schülergruppe gemeint war. Seine zweite Frage betrifft die Warteliste der Schüler und Kindergartenkinder; denn soviel er weiss, wird von der Stiftung seit zwei Jahren keine Liste mehr geführt. Ausserdem möchte er erfahren, wie gross die Warteliste der Kinder im Vorschulalter ist.

*GLP: M. Hopf* sieht zwei Möglichkeiten, entweder zieht der Gemeinderat seinen Antrag zurück, oder aber - nachdem grosse Einigkeit herrscht, dass die Motion nicht beschrieben werden soll -, stellt er den Ordnungsantrag auf Abbruch der Diskussion.

**://: Dem Antrag auf Abbruch der Eintretensdebatte wird grossmehrheitlich zugestimmt.**

Einstimmig wird beschlossen:

**://: Die interfraktionelle Motion wird nicht beschrieben.**

#### Traktandum 4

**Gesch. Nr. 78**

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 19.1.2010 zur Motion der SP:  
**Stand und Zukunft der familien- und schulergänzenden Kinderbetreuung**

Eintreten:

*SVP: F. Gerber* ist erstaunt, dass der Gemeinderat die Motion bereits behandelt hat, obwohl sie noch nicht überwiesen ist. Es entsteht der Eindruck, dass er dies tat, um nicht auf die Mehrheitsmeinung des Einwohnerrats eingehen zu müssen, welche eine umfassende schulergänzende Kinderbetreuung ablehnt. Seine Fraktion stimmt gegen die Überweisung der Motion, welche inhaltlich ohnehin eher einem Postulat entspricht.

*P. Heiz:* Die FDP-Fraktion vertraut darauf, wenn der Gemeinderat zusichert, dass er die Eltern korrekt informieren wird. Die fünf Fragen sind ebenfalls klar beantwortet. Somit kann der Vorstoss als erledigt beschrieben werden.

*SP: V. Dubi* ist froh, dass der Gemeinderat klar aufzeigt, wie er die Übergangszeit realisieren will. Positiv erachtet sie, dass für jene Kinder, welche bisher im Tagesheim betreut wurden, diese Möglichkeit auch weiterhin besteht. Somit wissen die Eltern woran sie sind; andererseits welches Angebot die Schule machen wird. Diese Fakten könnten allenfalls im neuen Reglement einfließen. In einer Hinsicht hat sie allerdings Bedenken, nämlich dass nur gerade eine Person pro zehn Kinder die Nachmittagsbetreuung gewährleisten muss. Ihre Fraktion ist mit dem Antrag einverstanden, dass die Motion überwiesen und abgeschrieben wird.

*SVP: C. Schaub* äussert sein Befremden darüber, dass dieses Geschäft ohne Auftrag des Einwohnerrats auf die Traktandenliste kommt. Zudem widersprechen sich die beiden Motionen in gewissem Mass.

*Präsident M. Ziegler* verweist darauf, dass ein Vorstoss gemäss Geschäftsreglement für die übernächste Sitzung traktandiert werden muss. Auf die Einhaltung dieses Vorgehens legt ja gerade die SVP sonst grossen Wert.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *N. Schwarz* erstaunt das Votum der SVP ebenfalls, widerspricht es doch jenem zum vorherigen Geschäft, nämlich dass der Gemeinderat die Motion schnell vom Tisch haben wolle. Arbeitet er termingerecht, so kommt die Stellungnahme zu früh. Tatsache ist, dass die beiden Vorstösse thematisch eng miteinander verknüpft sind und gewisse Abklärungen der Verwaltung parallel vorgenommen wurden. Um den Eltern eine verbindliche Antwort geben zu können, musste das Geschäft Nr. 66 nochmals ins Plenum kommen.

*SVP: U.-P. Moos* ist gegenteiliger Ansicht. Die beiden Geschäfte haben gar nichts miteinander zu tun. Bezüglich Informationspolitik hält er es für fragwürdig, dass erst im Januar den Schulkindern ein Erhebungsformular abgegeben wurde. Auch von einem Brief der Stiftung an die betroffenen Eltern hat er keine Kenntnis. Und betreffend effizientes Arbeiten, fragt er sich, weshalb der Gemeinderat ein Jahr brauchte, um über das Referendum abstimmen zu lassen.

- ://:**
- 1. Die Motion wird überwiesen.  
(27 Ja, 9 Nein, 3 Enthaltungen)**
  
  - 2. Die Motion wird einstimmig als erledigt abgeschrieben.**

## Traktandum 5

## Geschäft. Nr. 75

Stellungnahme betr. Überweisung / Antrag des Gemeinderats vom 19.1.2010 zum Postulat der CVP:

### **Schaffung von Praktikumsplätzen auf der Gemeindeverwaltung für junge Arbeitslose**

#### Eintreten:

*CVP: K. Bartels:* Die Aufstellung über die Praktika zeigt, dass in den letzten Jahren bereits viel für den beruflichen Einstieg und für in Ausbildung stehende junge Erwachsene getan wurde. Erfreulich ist auch, dass im nächsten Sommer ein weiterer Platz geschaffen werden kann. Die Verwaltung ist aktiv und bereit, die erforderlichen Anstrengungen zu unternehmen. Ihre Fraktion dankt für diese Initiative, hofft aber dennoch, dass das Potenzial noch nicht völlig ausgeschöpft ist.

*SVP: S. Keller:* Jugendarbeitslosigkeit ist zwar ein wichtiges Thema; diese Auskunft wäre auch auf direktem Weg erhältlich und deswegen kein Postulat notwendig gewesen. Binningen tut bereits viel in diesem Bereich, obwohl die Betreuung erheblichen Mehraufwand bedeutet. Ihre Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats zu.

*Grüne/EVP: A. Jagtap* unterstützt das postulierte Anliegen. Letztlich muss jedoch Qualität vor Quantität stehen. Es braucht geeignete Aufgaben, die nötige Infrastruktur, zudem muss die Betreuung von Praktikanten und Lernenden gewährleistet sein. In seiner Stellungnahme zeigt der Gemeinderat auf, dass er viel in dieser Hinsicht investiert. Der Vorstoss kann als erfüllt abgeschrieben werden.

*SP: G. Löhr* hält fest, dass für die Schaffung von Lehrstellen in den letzten Jahren allgemein viel unternommen worden ist. Hingegen finden junge Menschen, die eine Ausbildung abgeschlossen oder gar abgebrochen haben, meist wenig Unterstützung. Der Gemeinderat weist nach, dass er das Problem ernst nimmt und angeht. Eine Frage stellt sich bezüglich der neun Lehrabgänger/innen: Werden diese aktiv bei ihrer Stellensuche unterstützt, vor allem dann, wenn sie auch nach drei Monaten Weiterbeschäftigung auf der Verwaltung noch keine Anstellung gefunden haben? Bei den im Anhang aufgeführten Praktikumsplätzen handelt es sich überwiegend entweder um Vorpraktika oder solche während der Ausbildung. Doch wie verhält es sich mit Plätzen für junge Arbeitslose? Und im Anschluss daran, hat deren Zahl als Auswirkung der Wirtschaftskrise zugenommen? Jeglicher Handlungsspielraum sollte ausgeschöpft werden, auch wenn dies Lohnkosten nach sich zieht.

*M. Bolleter:* Auch die *FDP-Fraktion* erachtet die Thematik als wichtig. Tatsächlich unternimmt die Verwaltung schon relativ viel und versucht nicht, auf diese Weise billige Arbeitskräfte zu rekrutieren. Die Argumentation des Gemeinderats ist nachvollziehbar. Er stellt den Antrag, das Postulat der Einfachheit halber gar nicht zu überweisen.

**Stellungnahme des Gemeinderats:** *C. Simon* kann die erfreuliche Mitteilung machen, dass ab Sommer ausser der erwähnten eine weitere, das heisst zwei zusätzliche Praktikumsstellen angeboten werden können. Zur Frage von G. Löhr. Abgesehen von den drei Monaten, die Lernende auf der Verwaltung nach Lehrabschluss bleiben können, werden sie gegen Ende der Ausbildung bei der Stellensuche unterstützt. Danach müssen sie allein zurecht kommen. Auf Wunsch werden noch Referenzen abgegeben. Praktika sind vorwiegend Pflicht für junge Leute, die in einer Ausbildung stehen und sind inhaltlich anspruchsvoll. Je nach Situation werden jedoch auch junge Arbeitslose für eine befristete Zeit eingestellt. Seit Januar bietet auch der Kanton, d. h. das RAV, ein Programm für Stellenlose an, welches geprüft wird. Ausserdem gibt es neu das so genannte Reinacher-Modell für Schulabgänger/innen. Auch diese Möglichkeit wird abgeklärt.

Mit 21 Ja, 17 Nein bei 1 Enthaltung wird beschlossen:

**://:**

**Das Postulat wird nicht an den Gemeinderat überwiesen.**

## **Traktandum 6: Diverses**

### **Anfrage Grüne/EVP: Laufende Bauprojekte; Gesch. Nr. 63**

*Gemeinderat B. Gehrig* gibt Antwort auf die Fragen 1 - 4. Zu den Fragen 5 und 6 wird A. Schuler Stellung nehmen.

Frage 1: Weshalb wurde die Planung der Sanierung der Sportanlage Spiegelfeld, resp. die für das 3. Quartal 2009 vorgesehene Bauvorlage, dem Einwohnerrat bis jetzt nicht vorgelegt?

Vor einem Jahr bewilligte der Einwohnerrat u. a. einen Planungskredit für das Tribünengebäude. Der Terminplan sah vor, dem Einwohnerrat den Baukredit im 3. oder 4. Quartal 2009 zu unterbreiten. Aus folgenden Gründen kann dieser nicht eingehalten werden: Die Planung erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den Sportclubs und der Schule. Viele Abklärungen und Rücksprachen waren notwendig. Die Machbarkeitsstudie durch einen externen Architekten dauerte ebenfalls länger und

umfasste die Beurteilung des baulichen Zustands, den effektiven Sanierungsbedarf und auf ausdrücklichen Wunsch des Rats die Prüfung der Varianten: Umbau Abbruch, Neubau sowie ob Provisorien in Frage kommen. Im September 2009 lag die Studie vor. Es waren Optimierungsmöglichkeiten zur Senkung der Kosten notwendig. Anfang Januar hat der Gemeinderat die Vorlage beraten. Der Terminplan war zugegebenermassen zu optimistisch. Der Kredit von 30'000 Franken war allein für Vorabklärungen notwendig. Der Investitionskredit wird noch folgen.

Frage 2: Wann gedenkt der Gemeinderat, die Bauvorlage zu präsentieren?

Frage 3: Wie erklärt der Gemeinderat die Verzögerung um mehr als 6 Monate (d. h. mehr als eine Verdoppelung der Dauer) gegenüber der Planung vom Februar 2009?

Im Januar 2010 hat der Gemeinderat beschlossen, das Projekt vorerst zurückzustellen und das Ergebnis der kommunalen Aufgabenprüfung (KAP) abzuwarten. Im Finanzplan 2010 - 2012 sind zwei Millionen vorgesehen, was nicht ausreichen wird. Die Abklärungen ergaben nämlich, dass nur ein Neubau in Betracht kommt. Aufgrund der interfraktionellen Motion lässt der Gemeinderat derzeit zudem überprüfen, ob im Untergeschoss des Tribünengebäudes der Schwingkeller untergebracht werden könnte. Erwartet wird, dass der Sportclub Binningen sich massgeblich an den Kosten beteiligt, sei es finanziell und/oder in Form von Fronarbeit. Offenbar ist die Bereitschaft dazu vorhanden. Ob das Projekt subventionsberechtigt ist, ist Gegenstand einer laufenden Abklärung ebenso ob die nutzniessenden Nachbargemeinden zu Beiträgen verpflichtet werden könnten. Die Investitionssumme dürfte sich im Rahmen von 3,5 Mio. bewegen.

Frage 4: Wie gross erachtet der Gemeinderat die Dringlichkeit von zusätzlichen Garderoben in der Sportanlage Spiegelfeld, die dazu führen würden, dass die Sportvereine auch Mädchen-"Mann"-schaften führen könnten?

Bereits 2003 bei der Beratung des Kredits für einen Kunstrasen, hat der Gemeinderat darauf hingewiesen, dass die Sanierung dringend ist, letzterer erhielt dann Vorrang. 2006 hat der Sportclub zusätzliche Garderoben und Duschen beantragt. 2007 wurde diese Forderung durch ein CVP-Postulat untermauert sowie als weiteres Begehren, dass der Tatsache Rechnung getragen wird, dass immer mehr Mädchen Fussball spielen wollen. Die Dringlichkeit ergibt sich allein aus der Tatsache, dass das Gebäude 40 Jahre alt ist und gravierende Mängel aufweist. Die Infrastruktur muss den heutigen, grösseren Mannschaften angepasst werden. Ausserdem benützen die Handballer und Leichtathleten die Turnhalle Spiegelfeld. Nach der Übergabe der Sekundarschule an den Kanton muss dem Kanton voraussichtlich Miete bezahlt werden. Es ist auch im Interesse der Gemeinde, dass diese Sportler im neuen Gebäude untergebracht werden können. Die Enttäuschung der Sportclub-Mitglieder über die Verzögerung ist sehr verständlich.

*Gemeinderätin A. Schuler:*

Frage 5: Ist es richtig, dass die Verwaltung das Projekt eines gemeinsamen Werkhofs mit der Gemeinde Bottmingen prioritär bearbeitet?

Das Werkhof-Projekt wird nicht prioritär behandelt, sondern parallel. Mit der Direktüberweisung an die BPK wurde sichergestellt, dass die Beratung des Bauvorhabens in Binningen und Bottmingen gleichzeitig in den zuständigen Gremien geprüft werden konnte. Das Geschäft wird demnächst ins Plenum gelangen.

Frage 6: Wie gross erachtet der Gemeinderat die Dringlichkeit eines neuen Werkhofs für Binningen?

Die Dringlichkeit eines neuen Werkhofs ist in Binningen nicht gleichermassen hoch wie in der Nachbargemeinde. Die Chance mit Bottmingen gemeinsam einen neuen Werkhof am Birkenweg zu realisieren, besteht allerdings nur zum jetzigen Zeitpunkt. Vorteile ergeben sich insbesondere durch die gute Erschliessung, Synergien bei Fahrzeug- und Werkzeugpark sowie in personeller Hinsicht, welche sich langfristig auszahlen würden.



**Anfrage SP: Informationspolitik des Gemeinderats; Gesch. Nr. 81**

Wir bitten den Gemeinderat aufzuzeigen, warum er den Sport-Club vor dem Einwohnerrat über seine Grundsatzentscheide bezüglich Prioritätenliste in Sachen Bauvorhaben informierte.

*Gemeinderat B. Gehrig:* Wie bereits dargelegt, wurden Sportclubs und Schule bei der Planung stark einbezogen. Als der Gemeinderat beschloss, das Geschäft bis zum Abschluss der KAP aufzuschieben, musste er als Zuständiger des Geschäftskreises diese Nachricht den Direktbetroffenen mitteilen. Rückblickend muss er gestehen, dass es korrekt gewesen wäre, den Einwohnerrat ebenfalls zu informieren.

**Anfrage SVP: Nähkurse der freiwilligen Fortbildung im Pestalozzi-Schulhaus; Gesch. Nr. 84**

*Gemeinderätin N. Schwarz* schickt voraus, dass es sich bei diesen Kursen um ein Angebot für Erwachsenenbildung handelt. Die Koordinatorin ist eine Gemeindeangestellte und die Leiter/innen werden von der Gemeinde entschädigt.

Frage 1: Weshalb hat der Gemeinderat in seiner Abstimmungsinfo nicht ausdrücklich auf den oben genannten Sachverhalt hingewiesen?

Frage 2: Wurden die entsprechenden Kursteilnehmer resp. die Kursleitung vom Gemeinderat vor der Volksabstimmung orientiert? (Wenn nein, weshalb nicht resp. wenn ja, durch wen und in welcher Form.)

Festgehalten werden kann, dass in der Broschüre zur Referendumsabstimmung auf Seite 2 nachzulesen ist, ... *dass im Obergeschoss das heutige Nähzimmer aufgefrischt und für die Bedürfnisse der Nachmittagsbetreuung neu möbliert wird.* Bereits im Bericht an den Einwohnerrat zur Einführung einer modularen Nachmittagsbetreuung wurde ebenfalls auf diesen Sachverhalt hingewiesen. Auch ist dort festgehalten, dass die Koordinatorin der Erwachsenenbildung darüber orientiert worden sei. Inwiefern diese Information an die Kursleiter/innen weitergegeben wurde, entzieht sich ihrer Kenntnis und liegt nicht in ihrer Kompetenz. Aber es ist davon auszugehen, dass diese Änderung im Vorfeld der Abstimmung in diesen Kreisen diskutiert wurde.

Frage 3: Wie viele Kursteilnehmer in wie vielen Gruppen (Klassen) sind von der nun bevorstehenden Verlegung betroffen?

Diese Nähkurse sind die Favoriten des gesamten Kursangebots. Es werden zehn Kurse mit insgesamt 96 Teilnehmenden geführt.

Frage 4: In welche Räumlichkeiten sollen die Nähkurse verlegt werden?

Es war von Anfang an klar, dass die Kurse ins neueste und grösste Schulhaus verlegt werden, nämlich das Meiriacker. Morgen findet eine Sitzung statt, an welcher die genaue Raumzuteilung und der Umzugsplan festgelegt werden.

Frage 5: Wie gut sind die neuen Räumlichkeiten mit dem öffentlichen Verkehr erreichbar?

Das Schulhaus ist mit dem Bus gut erreichbar.

*Präsident M. Ziegler* verabschiedet Claudia Fünfschilling aus dem Rat. Sie trat am 1. Juli 2004 ein. Von 2004 - 2008 war sie Mitglied der GRPK und überdies Delegierte in den Spezialkommissionen Vergütungsreglement und Tagesschule. Glücklicherweise bleibt sie weiterhin Präsidentin der Sozialhilfebehörde. Sie ist eine durchsetzungsstarke und lösungsorientierte Politikerin, für die stets das Wohl der Einwohnerschaft über parteipolitischen Streitereien stand. Er dankt ihr für ihre fairen und sachlichen Voten und wünscht ihr für die Zukunft alles Gute.